



## **Israel in den Medien**

### **Einleitung**

Fast täglich wird über Israel in den deutschsprachigen Medien berichtet. Ob Friedensprozeß, Regierungskrisen, Terror oder spektakuläre Militäraktionen – ständig gibt es Neuigkeiten. Was angesichts der Größe des Landes eigentlich erstaunen muß: Nur in Washington und Moskau sind noch mehr Journalisten akkreditiert als in Jerusalem. Quantitative Defizite in der Berichterstattung gibt es also keine. Doch bei der journalistischen Gratwanderung, die Realitäten vor Ort einerseits knapp und trotzdem verwoben in den komplexen politischen, soziologischen und historischen Kontext darzustellen, fällt die Entscheidung nur allzu oft zugunsten einer auf Gewalt reduzierten Medienberichterstattung. Israel in den Medien – das heißt in der Regel die Fixierung auf das Fanatische und Militärische, auf grenzenlose Gewalt und polarisierende Politiker. Andere Lebenswirklichkeiten werden vielfach ausgeblendet. So entsteht fast zwangsläufig der Eindruck, als ob es sich bei Israel um eine Gesellschaft im permanenten Ausnahmezustand handelt. Aber noch etwas ist zu beobachten: Seit dem Beginn der 2. Intifada im Herbst des Jahres 2000 hat sich der Ton gegenüber Israel dramatisch verschärft. Gerade die deutschsprachige Medienberichterstattung über Israel ist zunehmend von Ressentiments geprägt. Meinungen ersetzen Informationen, Behauptungen bleiben ohne Beweise, Zusammenhänge fehlen oft. Printmedien und TV bedienen sich dabei immer häufiger Bildern und Begriffen, die vom Leser und Zuschauer als Bestätigung ihrer Vorurteile gegenüber Juden im Allgemeinen, Israelis im Besonderen, aber auch gegenüber Palästinensern verstanden werden. Und obwohl sich zunehmend ein negatives Israel-Bild in der Öffentlichkeit manifestiert, behaupten Politiker immer noch, ein „[Tabu zu brechen](#)“, wenn sie Israel kritisieren.

## **Tatsachen**

Drei aktuelle Studien belegen: Die Wortwahl in den deutschsprachigen Medien gegenüber Israel hat sich deutlich verschärft. Die Bewohner der Region werden in Gute und Böse, in Besetzte und Besatzer aufgeteilt. Der Schwerpunkt der Berichterstattung liegt dabei ganz klar auf der 2. Intifada. Der Vorgeschichte des Nahostkonflikts und den Versuchen einer Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern werden verhältnismäßig wenig Platz eingeräumt. Der Besuch [Ariel Scharons](#) auf dem Tempelberg am 28. September des Jahres 2000 wird quasi zur Stunde Null der Auseinandersetzungen hoch stilisiert. Alles was danach geschah, erscheint so als Folge dieses einen singulären Ereignisses, wobei es unwesentlich ist, ob es sich dabei um den Tod des 12jährigen [Mohammed al-Dura](#) in Gaza, den [Lynchmorden](#) an israelischen Soldaten in Ramallah, die [Selbstmordattentatsserie](#) gegen israelische Zivilisten handelt oder etwa die Ereignisse im Flüchtlingslager von [Jenin](#). Allein schon die nahe liegende Frage, ob der Tempelbergbesuch Scharons der palästinensischen Seite nicht auch als willkommener Anlass diente, die logistisch längst vor dem 28. September 2000 vorbereitete 2. Intifada endlich auszulösen, wird – wenn überhaupt - nur am Rande gestellt. Der Eindruck für den Nachrichtenkonsumenten muß deshalb fast zwangsläufig lauten: Israel trägt die alleinige Verantwortung für die aktuelle Lage, die Palästinenser sind die Opfer und ihr Protest kam spontan. Sie reagieren nur auf die von Sharon ausgegangene Provokation. Und: Israel wird in den Medien durchweg als hochgerüstete und gewalttätige Besatzungsmacht dargestellt, die nach Belieben eine Vergeltungsaktion nach der anderen exekutieren kann. Die Palästinenser dagegen verfügen nur über Steine als Waffen. Sie sind technisch weit unterlegen und greifen, weil sie scheinbar keine andere Wahl haben, aus Verzweiflung als letztes Mittel auf ihren eigenen Körper als lebende Bombe zurück. Doch der Selbstmordattentäter kann bei seiner Tat nicht von einem Kamerateam gefilmt werden, israelische Panzer in palästinensischen Städten zu zeigen, ist dagegen relativ einfach. Die Auseinandersetzung reduziert sich so auf das ständig repetierte Bild vom „israelischen Goliath“ gegen den „palästinensischen David“ und letztendlich auf das Duell „böser Sharon“ gegen „armen Arafat“. Der Nahostkonflikt wird auf diese Weise unzulässig personalisiert. Ferner fällt auf: Analogien aus der Geschichte ersetzen dabei zunehmend Hintergrundinformationen. Insbesondere seit dem Antritt der Regierung Sharon wird das Vorgehen der israelischen Regierung nicht selten mit den Taktiken der Nazis verglichen.

## Die Macht der Bilder

Der Branchendienst [Medien Tenor](#) untersuchte im Zeitraum vom Beginn des Jahres 2001 bis einschließlich März 2002 mehr als 2.100 Fernsehberichte aus 17 internationalen Nachrichtensendungen. Das [Ergebnis](#): Meldungen aus Israel drehen sich immer häufiger um das Thema Terror. Während bis zum 11. September 2001 in den deutschsprachigen Medien Israel in 50 Prozent aller Fälle im Kontext mit dem Terrorismus genannt wurde, steigerte sich dieser Wert bis zum Ende des Untersuchungszeitraums sprunghaft auf 90 Prozent. Über alle anderen Israel betreffenden Themen wurde nur noch marginal berichtet. Im Vergleich dazu: Im selben Zeitabschnitt wuchs in Großbritannien die auf Terror fokussierte Israelberichterstattung auf 92 Prozent, in den USA dagegen sank dieser Anteil von 88 Prozent auf 84 Prozent. Dramatisch gewandelt haben sich dabei die Perspektiven: Während im Jahr 2001 im deutschen Fernsehen Israel zu 81 Prozent als Protagonist im Mittelpunkt stand und die Palästinenser zu 19 Prozent, so war dies in den ersten Monaten des Jahres 2002 nur noch in 61 Prozent der Nachrichten der Fall. In 39 Prozent aller Sendungen traten nun die Palästinenser als Hauptakteure in den Vordergrund. In Großbritannien veränderte sich das Verhältnis von 94 Prozent zu 6 Prozent auf 50 Prozent zu 50 Prozent. Ähnlich die Entwicklung in den USA von 90 Prozent zu 10 Prozent auf ebenfalls 50 Prozent zu 50 Prozent. Medien Tenor beobachtete zudem einen dramatischen Wandel in der Bewertung und Darstellung der Konfliktparteien: In Deutschland wurden im Frühjahr 2002 45 Prozent der in TV-Medienberichten auftretenden Israelis als „Schuldige“ an der aktuellen Lage genannt, im Jahr 2001 waren es lediglich 30 Prozent. Bei den Palästinensern sind es im Frühjahr 2002 rund 33 Prozent – im Vergleich dazu: Im Vorjahr lag der Wert noch bei 50 Prozent. Grundlegend verändert hat sich auch der Ton gegenüber Israel und den Palästinensern. Der Anteil einer die israelischen Protagonisten negativ porträtierenden TV-Berichterstattung wuchs von 30 Prozent im Jahr 2001 auf fast 50 Prozent im Frühjahr 2002, während es sich bei den Nachrichten über ihre palästinensischen Gegenspieler genau umgekehrt verhält: Nur noch 30 Prozent der Fernsehberichte skizzierten diese negativ, im Jahr 2001 waren es noch 50 Prozent.

## Die Macht der Worte

Das Duisburger [Institut für Sprach- und Sozialforschung](#) (DISS) hatte im Auftrag des [American Jewish Committee](#) (AJC) 427 Artikel aus zwölf führenden deutschen Tages- und Wochenzeitungen untersucht. Die Beiträge stammen aus der Zeit von September 2000 bis August 2001. Das Ergebnis: Zwar sei die Berichterstattung insgesamt nicht von Antisemitismus geprägt, sagte Siegfried Jäger, der Leiter der [Studie](#). Es würden aber immer wieder „antisemitische Duftmarken“ gesetzt, die von vielen Lesern als Bestätigung ihrer Vorurteile verstanden werden können. Zudem finden Versuche statt, mittels der

Israelberichterstattung eine Entsorgung der deutschen Vergangenheit zu unternehmen. Ein Beispiel: „Mit jedem Toten kehrt das Bild vom häßlichen Israeli zurück, der seinen Staat ohne jede Rücksicht verteidigt.“ ([Der Spiegel](#)) Abgesehen von der antisemitischen Konnotation wird hier indirekt die deutsche Vergangenheit angesprochen. Aus dem „häßlichen Deutschen“ des Dritten Reiches wird der „häßliche Israeli“ der Gegenwart, die Opfer der Shoah werden mit den Tätern assoziiert. Auch die zahlreichen Versuche, den israelischen Ministerpräsidenten Sharon direkt oder indirekt in die Nähe zu Hitler zu rücken, erfüllen diese Funktion. Die historischen Anleihen in den Nachrichten können zeitlich aber noch viel weiter zurückgreifen: „Ein Trupp Soldaten stürmt wie eine Kohorte römischer Legionäre durch die Via Dolorosa.“ ([Die Welt](#)). Bezeichnend ist die Tatsache, dass die Militäraktion ausgerechnet auf der „Via Dolorosa“ stattfindet, dem Weg der Leiden Christi, wodurch das Vorgehen der israelischen Armee in einen antichristlichen Kontext gestellt wird. Und im Jahre 70 war es die römische Armee unter Titus, die Jerusalem zerstört und die jüdische Bevölkerung vertrieben hatte. Wiederum findet eine Umkehrung der Opferrolle statt: Die Juden werden als Täter und Palästinenser als Verfolgte dargestellt.

Die prominenteste Negativgestalt in den Medien ist Ministerpräsident Ariel Sharon. Der demokratisch gewählte Regierungschef wird durchgängig mit abwertenden Begriffen charakterisiert, die nicht selten auch antisemitisch aufgeladen sind. Sharon wird als „politischer Pyromane“ ([FAZ](#)), „schmerzbäuchiger alter Kriegsverbrecher“ ([FAZ](#)) oder „skrupelloser und zu allem fähiger Dunkelmann“ ([Der Spiegel](#)) bezeichnet. Insbesondere die auf Sharons Physiognomie anspielenden Begriffe wecken Assoziationen mit bekannten antisemitischen Karikaturen, darüber hinaus wird er als „politisch umnachtet“ ([FAZ](#)) charakterisiert, also dem Wahnsinn nahe, unzurechnungsfähig und unberechenbar. Und: Formulierungen wie der „Schlächter Sharon“ ([FAZ](#)) und „an Sharons Händen klebt eine Menge Blut“ ([Die Welt](#)) stehen in Verbindung zu christlich tradierten Vorurteilen und sind Anspielungen an die antijudaistischen Legenden von Menschenopfern, die Juden angeblich brächten. Gerade die Blutsymbolik zieht sich in diesem Kontext wie ein roter Faden durch die Berichterstattung. So ist vielfach die Rede von den „blutigen Händen“, dem „Durst nach Blut und Tränen“ oder davon, dass in einem „See aus Blut gebadet“ ([Tagesspiegel](#)) werde. Zudem bieten die Texte der Heiligen Schriften einen schier unerschöpflichen Fundus an Bildern, die Parallelen evozieren sollen: Heimsuchungen und letzte Schlachten gibt es ebenso zuhauf wie die „apokalyptische Endzeit“ ([TAZ](#)) sowie die recht strapazierten Metaphern „Auge um Auge“ und „David gegen Goliath“, wobei in der 2. Intifada die Rollen vertauscht sind. Und wenn die Juden die Rolle des Goliath übernehmen und die Palästinenser die des Davids, will man damit sagen, dass letztendlich die Palästinenser aus diesem Konflikt als Sieger hervorgehen werden.

Negative Zuschreibungen treten verstärkt auch immer dann auf, wenn die Rede vom israelischen Militär ist. Während sich im TV das Bild der israelischen Armee zunehmend auf Panzerfahrzeuge verdichtet, die erbarmungslos alles zerstören, was sich ihnen in den Weg stellt, sind in den Printmedien die Akzentsetzungen breiter gestreut. Die Wortwahl ist dabei überwiegend martialisch geprägt: Den „Besatzungstruppen“ ([Der Spiegel](#)) der „Besatzungsmacht“ ([TAZ](#)) Israel wird eine „Liquidierungspolitik“ ([Frankfurter Rundschau](#)) unterstellt sowie eine „exzessive Gewaltanwendung“ ([Frankfurter Rundschau](#)). „Sie schießen, um zu töten.“ ([Der Spiegel](#)) Israels Soldaten werden als unverhältnismäßig brutal und geradezu mordlustig dargestellt, weil sie mit Schlagstöcken die Beine von Palästinensern brächen und gezielte Todesschüsse ([TAZ](#)) abgaben. Häufig lautet der Vorwurf, dass Israel „brutale Massaker am palästinensischen Volk“ ([Die Welt](#)) verübe. Die Tatsache, dass in der Berichterstattung israelische Militäraktionen vornehmlich als Aktionen von Maschinen geschildert werden, verfestigt den Eindruck eines ungleichen und zugleich unfairen Kampfes: Panzer gegen Steine. Gleichzeitig wird der Nahostkonflikt in seiner Gesamtheit mittels dramatisierender Begriffe wie „Flächenbrand“, „Welle der Gewalt“, „Spirale des Terrors“ oder „Feuersbrunst“ in die Nähe einer irrationalen Naturkatastrophe gerückt und den Akteuren so jegliche Menschlichkeit und Vernunft abgesprochen.

Wer glaubt, dass vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen die Palästinenser in der Berichterstattung nun als die alleinigen "Guten" wegkommen, der irrt. Palästinenser werden ebenfalls mit zahlreichen Negativattributen behaftet, obwohl sie eindeutig in der Rolle des Opfers auftreten: Sie erscheinen häufig als amorphe und hysterisierte Masse, die überwiegend emotional und irrational reagiert. Die palästinensische Gesellschaft wird dabei in ihrer Gesamtheit durchweg als rückständig bewertet. Zumeist geschieht dies in einem antiislamischen Kontext, wobei mit der ständigen Verknüpfung von Islam und Gewalt bzw. Islam und Fanatismus beim Leser eventuell vorhandene rassistische Ressentiments bedient werden. Die palästinensische Führung wird als „dümmlisches und korruptes Regime“ ([FAZ](#)) charakterisiert, [Jassir Arafat](#) als kranker, zittriger alter Mann. Zu betonen ist aber, dass der Palästinenserpräsident bei weitem nicht mit derart negativen Umschreibungen etikettiert wird, wie [Ariel Scharon](#). Nirgends wird er in den deutschsprachigen Medien mit Hitler verglichen. Die 2. Intifada und Israels Kampf gegen den Terror werden als ein religiös und ethnisch aufgeladener Konflikt präsentiert, der mitunter den Charakter einer Vendetta zwischen zwei alten Männern annimmt. Doch bieten die meisten Korrespondenten wenig Hintergrundinformationen, sondern reproduzieren häufig nur allgemeine Negativzuschreibungen, die auf eine Darstellung der beiden Kontrahenten als unvernünftig, irrational und gefährlich hinauslaufen: „Juden und Palästinenser sind halsstarrige Völker, die viel Anerkennung brauchten, sie leiden beide unter einem Flüchtlings- und Opferkomplex, von dem sie sich nicht befreien können.“ ([Frankfurter Rundschau](#))

## Schweizer Medien

Abgerundet und bestätigt werden all diese Aussagen durch eine Studie mit dem Titel „Israeli und Palästinenser im Spiegel der Medien“, herausgegeben vom Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich ([fög](#)). Untersucht wurden die wichtigsten deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz sowie die drei Schweizer TV-Nachrichtenformate „[Tagesschau](#)“, „[10 vor 10](#)“ und „[Swiss News](#)“. Zum besseren Vergleich schloß das Forschungsteam die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ([FAZ](#)) sowie das „[heute-Journal](#)“ des deutschen TV-Senders [ZDF](#) in seine Analysen mit ein. Der von Ende September bis November 2000 untersuchte Zeitraum entspricht der Anfangsphase der 2. Intifada. Eine Fortsetzungsstudie deckte die Monate April und Mai des Jahres 2001 ab. Das Fazit der Analysten lautet: Generell dominiert seit dem Ausbruch der 2. Intifada am 28. September 2000 eine deutlich Israel-kritische Berichterstattung. Wohl aber läßt sich ein Unterschied zwischen Print- und elektronischen Medien erkennen. Schweizer und deutsche Zeitungen vermitteln ein negativeres Israelbild als das Fernsehen, wobei anzumerken ist, dass laut Folgestudie sich dieser Unterschied im Verlaufe der 2. Intifada zunehmend verwischt. Insgesamt liegt der Anteil negativer Bewertungen gegenüber israelischen Akteuren bei 42 Prozent, gegenüber palästinensischen dagegen bei nur 28 Prozent. In 17 Prozent der Beiträge werteten die Medien Israel direkt negativ, in 25 Prozent aller Fälle wurde dies durch Dritte, etwa Vertreter der US-Regierung, der UNO oder aber auch Schweizer Politikern wie Bundesrat [Joseph Deiss](#) vermittelt. Bemerkenswert ist, dass sich im Verlauf nur weniger Monate die direkte Kritik an Israel durch die Medien um 4 Prozent reduzierte, die indirekte aber um satte 13 Prozent zunahm. In rund 50 Prozent aller Beiträge trat Israel als der „Täter“ auf, in lediglich 19 Prozent als „Opfer“. Die Palästinenser dagegen agierten nur zu 20 Prozent als „Täter“, aber in 49 Prozent als „Opfer“. Dies ist ein Trend, der sich nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ministerpräsident Sharon verstärkte. In 61 Prozent waren nun Israelis die „Täter“, in 60 Prozent die Palästinenser die „Opfer“. Wohl aber verändert hat sich das Bild darüber, welche Personengruppen im Konflikt zu Schaden kommen. Während im ersten Untersuchungszeitraum auf Seite der Israelis 42 Prozent Zivilisten und 41 Prozent Militärs genannt wurden und auf Seite der Palästinenser 61 Prozent Zivilisten sowie 32 Prozent Kinder und Jugendliche, änderte sich bedingt durch die einsetzende Welle von Selbstmordattentaten dieses Bild im zweiten Untersuchungszeitraum. Auf Seiten der Israelis waren nun 60 Prozent der Opfer Zivilisten und nur noch 3 Prozent Militärs, auf Seiten der Palästinenser weiterhin rund 58 Prozent Zivilisten als Opfer, jedoch mit 24 Prozent deutlich weniger Kinder und Jugendliche. Grundsätzlich verschoben hat sich auch die Beurteilung der Medien, wer für die Verschärfung des Konflikts verantwortlich zu machen ist. Galten im ersten Untersuchungszeitraum zu 37 Prozent die Palästinenser als konflikttreibende Kraft und Israel

zu 27 Prozent, so waren es im zweiten Untersuchungszeitraum die Palästinenser nur noch zu 21 Prozent, Israel aber nun zu 56 Prozent.

Kennzeichnend für die Berichterstattung der „Neuen Zürcher Zeitung“ ([NZZ](#)) ist die Tatsache, dass sie die Zeitung ist, die im Vergleich mit 60 Prozent Israel am häufigsten in der „Täter“-Rolle sieht, sich aber mit Negativbewertungen zurückhält. Doch obwohl die NZZ ein Bild des Nahostkonflikts zeichnet, wonach die hochgerüstete israelische Armee einen Krieg gegen palästinensische Kinder und Jugendliche führt, ist sie in ihrer Berichterstattung keineswegs Palästinenser-freundlich, da sie diese häufiger für eine Eskalation verantwortlich macht. Ähnlich bewerten die Forscher der Universität Zürich die Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Auch hier wird Israel überwiegend als „Täter“, die Palästinenser als „Opfer“ porträtiert. Zwar sieht die FAZ ebenfalls in den Palästinensern mehrheitlich die Rolle der konflikttreibenden Partei, wenn auch weniger stark ausgeprägt als die NZZ. Die Zeitung [„Der Bund“](#) nimmt beiden Konfliktparteien gegenüber eine kritische Haltung ein und fällt durch relativ häufig explizite Bewertungen auf. Im Unterschied zu allen anderen untersuchten Zeitungen überwiegen in der Berichterstattung des „Bund“ die Darstellung der israelischen Standpunkte die der palästinensischen. Der [„Tages-Anzeiger“](#) dagegen fällt durch seine besonders Israel-kritische Ausrichtung auf. Auch in seinen explizit negativen Bewertungen ist die Gewichtung klar verteilt: Auf Israel entfallen im „Tages-Anzeiger“ 20 Prozent der Negativ-Urteile, auf die Palästinenser nur 5 Prozent. In der Folgestudie ließ sich dagegen der Trend feststellen, Israel weniger direkt zu kritisieren, sondern vielmehr mittels Negativverdikte durch Dritte. Von allen untersuchten Zeitungen zeigte die [„Weltwoche“](#) die Israel-kritischste Haltung, wobei anzumerken ist, dass im Unterschied zu allen anderen Medien mit 93 Prozent fast ausschließlich Vertreter der israelischen Regierung als „Täter“ genannt werden und nie die Armee. Auch überwiegt die Darstellung der palästinensischen Standpunkte mit 53 Prozent gegenüber den israelischen mit nur 16 Prozent. Weiterhin signifikant: Kommen israelische Stimmen in der „Weltwoche“ zu Wort, dann überwiegend israelische Kritiker an der eigenen Politik.

Ein ähnliches Resultat zeigt sich in den elektronischen Medien: Die „Tagesschau“ vermittelt wie alle anderen Medien auch das Bild von Israel als „Täter“ und den Palästinensern als „Opfer“. Und weil beide Konfliktparteien eine negative Rolle spielen, wird in der „Tagesschau“ die Rolle eines Konfliktlösers primär in Dritten wie etwa den USA oder der UNO gesehen. Mit dem Andauern der 2. Intifada konnte eine Abnahme der Berichterstattungsdichte festgestellt werden. Verstärkt hat sich aber die Rolle der bisherigen „Täter-“ und „Opfer“-Zuschreibungen. Bei den TV-Nachrichtenformaten „10vor10“ und dem deutschen „heute-Journal“ dagegen halten sich positive und negative Aspekte halbwegs die Waage. Zwar sehen beide in Israel überwiegend den „Täter“ und in den Palästinensern die „Opfer“, bewerten aber unisono die Palästinenser eindeutig als diejenige Partei, die den Nahostkonflikt weiter anheizt. Anders

dagegen „Swiss News“: Aufgrund der Tatsache, dass dieses TV-Nachrichtenformat fast ausschließlich aus Kurzberichten besteht, entfallen Hintergrundinformationen völlig. Zudem entsteht das einseitige Bild von Israel sowohl als Täter als auch als konflikttreibende Kraft.

Ähnlich wie bei den beiden anderen Studien lautet das Urteil der Schweizer Medienanalysten: „Täter“- und „Opfer“-Rollen sind auch in allen Schweizer Zeitungen und TV-Nachrichten eindeutig verteilt. Und wie es die Fortsetzungsstudie an den Tag bringt: Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ariel Scharon verschärft sich der Ton in den Medien gegenüber Israel ganz dramatisch, wobei der israelische Ministerpräsident zur Negativfigur par excellence aufsteigt. Doch obwohl in der „Täter“-Rolle bei weitem präsenter, sprechen alle Zeitungen und mit Ausnahme von „Swiss News“ Israel aufgrund seines demokratischen Charakters eine größere Konfliktlösungskompetenz zu als den Palästinensern. Den Zürcher Forschern zufolge mag die Zugehörigkeit Israels zur westlichen Wertegemeinschaft wohl auch der entscheidende Grund dafür sein, warum die Berichterstattung gegenüber den Israelis wesentlich kritischer ist.

## **Argumente**

„Man darf ja gegen Israel in den Medien nichts sagen, ohne dass man nicht gleich als Antisemit bezeichnet wird.“

Kritik an den Handlungen der israelischen Regierung ist ebenso legitim wie Kritik an den Handlungen anderer Regierungen auch. Dabei sollten jedoch weitgehend die gleichen Maßstäbe gewahrt bleiben und besonders im negativen Sinne keine falschen historischen Parallelen gezogen werden. Aber weil Israel die einzige Demokratie und der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten ist, muß es sich die israelische Regierung gefallen lassen, dass die moralische Messlatte höher angesetzt wird als etwa bei einer Diktatur. Es ist daher völlig legitim und keineswegs antisemitisch, die Politik eines [Ariel Scharons](#), [Ehud Baraks](#) oder [Schimon Peres](#) als fehlerhaft oder gar als Verstoß gegen die Menschenrechte zu kritisieren. Man kann verpasste Friedenschancen, die Siedlungspolitik und Übergriffe israelischer Soldaten anprangern oder sich ganz einfach die Sache der Palästinenser zu eigen machen. All das geschieht in Israel selbst jeden Tag. Kritik an der israelischen Regierung und israelischer Politik ist natürlich auch im Ausland erlaubt und wird in Israel – je nach Standpunkt – als gerechtfertigt oder ungerechtfertigt wahrgenommen oder einfach ignoriert. Doch Kritik an Israel kann sich auch im Fahrwasser des Antisemitismus bewegen. Und zwar immer dann, wenn mit historisch belasteten Parallelen oder diffamierenden Begriffen operiert wird. Wer etwa das Vorgehen der israelischen Armee mit Nazi-Methoden vergleicht oder als einen hemmungslosen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser bezeichnet, der muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, aus unlauteren Motiven heraus zu handeln. Denn er leugnet damit mehr oder weniger explizit die wahren Dimensionen der Shoah, in dem das Vorgehen Israels auf eine Ebene mit Hitlers Krieg im Osten und dem Völkermord an sechs Millionen Juden gesetzt wird. Auffällig ist in diesem Kontext, dass es den Benutzern solcher Analogien und Diffamierungen nur vordergründig um das Schicksal der unterdrückten Palästinenser geht. Vielmehr betreiben sie vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts die Entsorgung ihrer eigenen Geschichte oder wollen einfach nur unter dem Vorwand der Kritik an Israel ihren Ressentiments freien Lauf lassen.

„Wer Israel in den Medien kritisiert, bricht ein Tabu.“

Kritik an Israel und seinen Politikern ist alles andere als neu. So lange es den Staat Israel gibt, haben die Medien im In- und Ausland die israelische Politik mal zustimmend, mal mißbilligend begleitet. Insbesondere seit dem Ausbruch der 2. Intifada ist der Ton gegenüber Israel sogar alles andere als freundlich. Die Behauptung, jegliche Kritik an Israel sei ein Tabu, ist faktisch daher nicht nur falsch, sondern meist demagogisch gemeint. Sie suggeriert, dass im deutschsprachigen Raum Kritik an Israel mit einem Verbot belegt sei, dass es in diesem Punkt so etwas wie eine Art Zensur gäbe. Und damit wird gleich eine ganze Palette antisemitischer

Stereotype mehr oder minder unterschwellig transportiert: Zum einen die gern zitierte Mär von der „zionistischen Lobby“ oder „jüdischen Lobby“, die in der Welt der Medien über schier unbegrenzten Einfluß verfüge und deshalb als eine Art oberste Zensurbehörde jede Kritik an Israel im Keim ersticken könne. Was es mit dem Vorwand auf sich hat, dieses vermeintliche Tabu brechen zu wollen, das zeigt ein Beispiel aus jüngster Zeit: Der deutsche FDP-Politiker [Jürgen W. Möllemann](#) hatte sich zwecks Stimmenfang am rechten Rand Israel und den Vize-Präsidenten des [Zentralrats der Juden in Deutschland](#), [Michel Friedman](#), zu Zielscheiben seiner eindeutig antisemitisch gefärbten [Verbalattacken](#) auserkoren. Das Ganze deklarierte er zur einer berechtigten Kritik an Israel und brüstete sich, damit einen längst fälligen „[Tabubruch](#)“ begangen zu haben. Die daraufhin einsetzenden negativen Reaktionen auf seine Äußerungen wertete er nur als Bestätigung dieser Behauptung, sich selbst stilisierte er dabei zum Opfer einer Medienkampagne. Und der Ex-Grüne Landtagsabgeordnete [Jamal Karsli](#) aus Nordrhein-Westfalen, von Möllemann in die FPD-Landtagsfraktion geholt, sprach in diesem Kontext gar von der „[allmächtigen, weltweit tätigen, zionistischen Lobby](#)“, die danach trachte, Kritiker an Israel wie ihn und seinen politischen Mentor mundtot zu machen. Die jüdische Weltverschwörung läßt grüßen. Aber noch etwas steckt hinter der Behauptung, ein Tabu zu brechen, wenn man Israel kritisiere. Sie impliziert, als bestände im deutschsprachigen Raum rund um das Thema Israel eine Art medialer Schutzzone. Weil es sich bei Israelis um Juden handelt und Juden wahre Meister in der Instrumentalisierung des schlechten Gewissen der Deutschen aufgrund ihrer NS-Vergangenheit seien, dürfe man über Israel und seine Politiker nichts Negatives berichten. Wiederum zeigt sich: Das Bedürfnis, Israel zu kritisieren, hat viele Gründe. Der Wunsch nach einer Entspannung im Nahen Osten muß nicht unbedingt darunter sein.

„Zeitungen und Fernsehen sind mehrheitlich pro-israelisch eingestellt.“

Drei unabhängig von einander verfaßte Studien zeigen ganz deutlich, dass sich sowohl in den Print- als auch in den elektronischen Medien ein ganz klar konturiertes Bild von Israel als „Täter“ und den Palästinensern als „Opfer“ durchgesetzt hat. Zudem häuft sich eine Israel gegenüber kritisch eingestellte Berichterstattung immer dann, wenn in Jerusalem Politiker am Ruder sind, die laut Meinung der Korrespondenten wohl besser nicht hätten gewählt werden sollen. Insbesondere die Wahl Ariel Scharons zum israelischen Ministerpräsidenten hat sich spürbar auf den Ton in den Nachrichten über Israel durchgeschlagen. Wer als Journalist einen demokratisch gewählten Politiker als „schmerbäuchigen, alten Kriegsverbrecher“ oder „skrupellosen und zu allem fähigen Dunkelmann“ bezeichnet und ihn so dämonisiert, verstößt darüber hinaus auch eindeutig gegen die obersten Gebote des [Pressekodex](#). Es darf bezweifelt werden, dass in den Medien die Regierungschefs anderer Demokratien mit derartigen Begriffen charakterisiert werden. Die Behauptung also, Zeitungen und Fernsehen

seien mehrheitlich pro-israelisch eingestellt, muß angesichts der benutzten Begrifflichkeiten und Bilder ganz klar ins Leere greifen.

„Die Nahostberichterstattung ist doch eigentlich ausgewogen.“

Berichterstattung darf nicht Feindbildern Vorschub leisten. Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhafte Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. So steht es im deutschen und Schweizer [Pressekodex](#) des jeweiligen Presserates. Doch entspricht die Berichterstattung über Israel nicht immer unbedingt diesen Kriterien. Auffällig ist dagegen eher der Trend, Israels zu verurteilen und an den Pranger zu stellen. Jüngstes Beispiel war die Berichterstattung über die Ereignisse im Flüchtlingslager von [Jenin](#). Vielfach übernahmen Agenturen und Korrespondenten ungeprüft die palästinensischen Behauptungen, es habe im April 2002 bei der Besetzung von Jenin durch die israelische Armee ein Massaker an der Zivilbevölkerung gegeben. Von über 500 Töten war die Rede, auf Regierungsbefehl von israelischen Soldaten exekutiert oder umgekommen, als israelische Bulldozern ihre Häusern zerstörten. Allesamt verscharrt in Massengräbern, hieß es. Die israelische Version der Ereignisse, dass mit Rücksicht auf die Zivilbevölkerung Jenin nicht aus der Luft bombardiert wurde, und die Armee trotz der Unübersichtlichkeit im verwinkelten Flüchtlingslager Haus-zu-Haus-Durchsuchungen unternommen hatte, um die Zahl der getöteten Zivilisten möglich klein zu halten und 23 israelische Soldaten dabei ihr Leben ließen, mochte man angesichts dieser Horror-Meldungen nicht zur Kenntnis nehmen. Der Mythos vom [„Massaker von Jenin“](#) beherrschte mehrere Tage die Schlagzeilen. Als eine [UN-Untersuchungskommission](#) nach eingehender Prüfung schließlich herausfand, dass es weder Massengräber noch über 500 tote Palästinenser gab, sondern – traurig genug – rund 56 palästinensische Tote zu beklagen waren, war das den Medien nur eine Notiz am Rande wert. Es kann für Reporter aber auch unangenehm werden, wenn sie etwas berichten, was nicht ins gewünschte Bild passt. Sie werden diffamiert oder sogar bedroht. So mußte sich die Journalistin Esther Shapira mit wüsten Beschimpfungen auseinandersetzen, nur weil sie in der ARD-Dokumentation [„Das rote Quadrat“](#) über den Tod des zur Märtyrer-Ikone hoch stilisierten 12jährigen Mohammed al-Dura in Gaza berichtete und die offizielle Version anzuzweifeln wagte, dass der Junge von israelischen Kugeln getötet wurde. Und das [italienische Fernseheteam](#), dass durch Zufall den Lynchmord an den israelischen Soldaten in Ramallah gefilmt hatte, handelte sich dadurch so massive Morddrohungen von palästinensischer Seite ein, dass es das Land verlassen mußte.

„Das Thema Menschenrechtsverletzungen in Israel wird von den Medien bewußt ignoriert.“

Die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen in Israel nimmt in den Medien einen breiten Raum ein. Zum einen, weil es zum journalistischen Handwerk einfach dazu gehört, über Mißstände zu berichten, zum anderen, weil es in einem Land wie Israel aufgrund seiner gesetzlich verankerten Pressefreiheit sehr schwer ist, etwas unter den Teppich zu kehren. Dazu die regierungskritische israelische Tageszeitung „[Ha'aretz](#)“: „Im Israel des Jahres 2002 gibt es praktisch keine Möglichkeit, Grausamkeiten zu vertuschen.“ Israelische und ausländische Journalisten müssen nicht mit negativen Konsequenzen rechnen, wenn sie sich zu echten oder angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Israel äußern. Deshalb machen sie auch recht ausgiebig von diesen Freiheiten Gebrauch und berichten, was es zu berichten gibt. Wer dagegen [Menschenrechtsverletzungen](#) im Kontrollbereich der [Palästinensischen Autonomiebehörde](#) zum Thema machen möchte, der kann sich – wie im Falle des italienischen TV-Teams, das den Lynchmord von Ramallah gefilmt hatte – auch mal eine Morddrohung einhandeln. Doch fällt auf, dass in den deutschsprachigen Medien beim Thema Menschenrechtsverletzungen mit doppelten Standards und viel Scheinheiligkeit gearbeitet wird. Die Fernsehbilder von israelischen Soldaten, wie sie mit dem Gewehr im Anschlag Palästinenser dazu zwingen, sich bis auf die Unterhose zu entkleiden, mögen auf den Betrachter in Europa einfach schockierend wirken und als eklatante Verletzung von Menschenrechten gedeutet werden. Wer aber weiß, dass Selbstmordattentäter ihren Sprengstoff direkt am Leibe und versteckt unter der Kleidung tragen, der sieht diese Bilder wiederum mit anderen Augen. Fehlt der erklärende Begleitkommentar, verfestigt sich das Image einer die Palästinenser demütigenden Besatzungsmacht. Israel erscheint dann wieder als ein grobes, brutales und rassistisches Land, in dem Menschenrechte ein Fremdwort sind. Es wird daher in den Medien auch zunehmend wie eine in Ungnade gefallene Dritte-Welt-Diktatur behandelt. Alles, was zur israelischen Realität gehört, der demokratische Rechtsstaat, eine kritische Öffentlichkeit und eine pluralistische Gesellschaft verschwindet hinter einer Nebelwand. Was aber auf lange Sicht viel gravierender ist: Die Fokussierung der Medien auf die Darstellung Israels als ein Land, das die Menschenrechte mit Füßen tritt, trägt mit dazu bei, den jüdischen Staat international als rassistisches Unrechtsgebilde zu delegitimieren und somit sein Existenzrecht in Frage zu stellen.

## „Die Bilder im Fernsehen und der Presse zeigen doch ganz klar die Brutalität der Israelis“

Bilder können mehr als Tausend Worte sagen, aber nicht immer unbedingt die Wahrheit. Pressefotos und Fernsehberichte über das Geschehen in Israel sind deshalb unter mehreren Aspekten zu sehen: Zum einen ist es für Reporter relativ einfach, die israelische Armee bei ihren Aktionen in den besetzten Gebieten zu filmen oder Fotos davon zu schießen. Und weil sich Aufnahmen, die Soldaten bei ihren Routinetätigkeiten zeigen, kaum verkaufen lassen, überwiegen natürlich Bilder, die Spektakuläres oder Gewalttätiges zeigen. Israelische Panzer, die alles platt walzen, was ihnen im Wege steht, eignen sich hervorragend, liefern sie doch die visuelle Untermalung zu dem in den Medien ständig repetierten Metapher vom hochgerüsteten israelischen „Goliath“ gegen den palästinensischen „David“. Der palästinensische Selbstmordattentäter dagegen geht ohne Kamerabegleitung zur Sache. Genauso unmöglich ist es für Journalisten und Filmteams, palästinensische Bombenwerkstätten abzulichten oder die Hinrichtung von vermeintlichen Kollaborateuren durch die Autonomiebehörde Arafats zu dokumentieren. Zum anderen können Kommentare zu Bildern Ereignisse verfremden oder sogar völlig falsche Zusammenhänge wiedergeben. Ein eindrucksvolles Beispiel: New York Times, Boston Globe und andere renommierte internationale Zeitungen veröffentlichten zu Beginn der 2. Intifada das [Foto](#) eines Schlagstock schwingenden israelischen Polizisten über einen am Kopf verletzten und blutüberströmten jungen Mann. Die Bildunterschrift lautete: „Ein israelischer Polizist und ein Palästinenser am Tempelberg.“ Selbst die Tatsache, dass im Hintergrund des Fotos eindeutig eine Tankstelle zu erkennen ist, und der Tempelberg nicht unbedingt der Ort ist, an dem Israelis oder Palästinenser ihre Autos auftanken, ließ in den Redaktionen keine Zweifel an der Echtheit der Angaben aufkommen. Erst als sich das vermeintliche palästinensische Opfer als jüdisch-amerikanischer Student Tuvia Grossman entpuppte, der von besagtem Polizisten in Sicherheit gebracht wurde, weil er von Steine werfenden palästinensischen Demonstranten verletzt worden war, erkannte man den Fehler.

## „Die Palästinenser haben ja gar keine Möglichkeit, sich in den Medien Gehör zu verschaffen.“

Seit Beginn der siebziger Jahre hat es die PLO meisterhaft verstanden, ihren politischen Zielen den Charakter eines Kampfes der „Unterdrückten“ gegen den „Unterdrücker“ zu verleihen und dies auch so in den Medien zu vermitteln. Die 1975 von den Vereinten Nationen erfolgte [Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus](#), die zwar zu Beginn der neunziger Jahre wieder revidiert wurde, kann als einer der Triumphe dieser Politik angesehen werden. Dank der Berichterstattung hat sich beim Nachrichtenkonsumenten so das Bild von Kindern und Jugendlichen verfestigt, die nur mit Steinen bewaffnet, gegen eine hochgerüstete und

martialisches Besatzungsarmee kämpfen. Und wie drei unabhängig voneinander verfaßte Studien belegen, wird in der Berichterstattung der Medien auch der palästinensische Standpunkt häufiger wieder gegeben als der israelische. Auffällig in diesem Kontext ist, dass gerne israelische Kritiker an der israelischen Politik in der Presse oder im Fernsehen zitiert werden, während es wohl wenig palästinensische Stimmen zu geben scheint, die es wagen, offen den Führungsstil der Autonomiebehörde Arafats gegenüber Journalisten zu beanstanden. Zugleich impliziert die Behauptung, Palästinenser hätten keine Möglichkeit, sich in den Medien Gehör zu verschaffen, den Eindruck, als ob in der Nahostberichterstattung eine Art Zensur ausgeübt werde.

## **Links**

<http://www.ajc.org/International/Germany.asp> – American Jewish Committee in Deutschland

<http://www.foeg.unizh.ch> – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Uni Zürich

<http://www.uni-duisburg.de/DISS> – Institut für Sprach- und Sozialforschung der Uni Duisburg

<http://www.un.org/peace/jenin> – Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen über Jenin

<http://www.medien-tenor.de> – Branchendienst Medien Tenor

<http://www.honestreporting.com> – Media Watch Group

<http://www.presserat.de> – Presserat Deutschlands

<http://www.presserat.ch> - Presserat der Schweiz